

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Wie schafft und sichert Wirtschaftsförderung Frauenarbeitsplätze?

Die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen erfolgt im Land Bremen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP). Das LIP ist das zentrale und erfolgreiche Instrument zur Anregung privater Investitionen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Es hat das Ziel, den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel zu stützen und damit Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven zu schaffen und zu sichern. Dass dieses Ziel durchgängig erreicht wurde, zeigen die vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen regelmäßig vorgelegten Berichte. Sie machen allerdings auch deutlich, dass deutlich mehr Männer als Frauen von der Investitionsförderung profitieren.

Die vorgelegten Zahlen legen den Schluss nahe, dass die in der EU für alle Verwaltungen verpflichtende Gleichstellungsorientierung (Gender-Mainstreaming) in der bremischen Wirtschaftsförderung bislang auf Umsetzungsschwierigkeiten gestoßen ist. Um künftig sicherzustellen, dass Frauen und Männer in gleicher Weise von öffentlich geförderten Investitionen profitieren, müssen die Gründe für die Umsetzungsprobleme evaluiert und aus den Erkenntnissen rasch eine gendergerechte Praxis entwickelt werden. Es geht darum, geförderten Unternehmen klare Zielerwartungen vorzugeben, Anreize zur Realisierung dieser Ziele zu schaffen und diese Zielsetzung unterstützende Angebote in den Förderrichtlinien des LIP zu verankern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Ursachen haben dazu geführt, dass in der Wirtschaftsförderung und insbesondere im LIP seit Jahren deutlich mehr Arbeitsplätze für Männer als für Frauen geschaffen bzw. gesichert wurden, welche konkreten Umstände hatten dabei welche quantitativen Wirkungen?
2. Welche quantitativen Wirkungen (absolut und relativ) haben Maßnahmen zur Förderung von Frauenarbeitsplätzen – beispielsweise Bonuszahlungen – in den vergangenen Jahren entfaltet, welche Mittel wurden hierfür (absolut und relativ) eingesetzt? Entsprechen diese Wirkungen den Zielsetzungen, wenn nicht, warum wurden diese nicht erreicht?
3. Welche Maßnahmen sind nach Einschätzung des Senats geeignet, bei einzelbetrieblicher Wirtschaftsförderung sicherzustellen, dass Frauenarbeitsplätze in gleichem Umfang geschaffen und gesichert werden wie Arbeitsplätze für Männer? Wie bewertet der Senat in diesem Kontext folgende Instrumente:
 - a) eine Beratung bei der WFB, die Unternehmen praxisnah, etwa durch die Formulierung von Stellenausschreibungen, dabei unterstützt, Frauen erfolgreich als Beschäftigte zu gewinnen,
 - b) eine genderorientierte Überprüfung der Bewerbungslage bei der Besetzung von Arbeitsplätzen durch den/die Förderberater/in,
 - c) das Angebot von Anpassungsqualifizierungen für Bewerberinnen, die den bei der Besetzung von Arbeitsplätzen in geförderten Unternehmen geforderten Qualifikationsprofilen nicht vollständig entsprechen,

- d) die Bereitstellung von Fördermitteln zur gezielten Qualifizierung von Frauen in geförderten Unternehmen,
 - e) veränderte Bonuszahlungen für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen,
 - f) ein von geförderten Unternehmen geforderter Nachweis, dass trotz nachdrücklichen Bemühens Frauen für die Besetzung neuer Stellen nicht in gleichem Umfang gewonnen werden konnten wie Männer?
4. Wie bewertet der Senat die Forderung, künftig in allen im Kontext wirtschaftsfördernder Maßnahmen vorgelegten Zieldefinitionen, Controllingberichten und Wirkungsanalysen detailliert darzustellen, in welchem Umfang und in welcher Qualität dadurch Arbeitsplätze für Frauen und für Männer geschaffen und gesichert werden?
 5. Wie viele von Frauen geführte Unternehmen, und wie viele daraus resultierende Frauenarbeitsplätze, sind in den vergangenen Jahren in welchen Bereichen durch Existenzgründungsförderung entstanden, wie haben sich diese Zahlen jeweils innerhalb von zwei Jahren nach Gründung entwickelt, und welche Unterschiede gibt es gegebenenfalls gegenüber Existenzgründungen von Männern?
 6. Welche Beratungs- und Fördermaßnahmen sind aus Sicht des Senats besonders geeignet, um Existenzgründungen von Frauen nachhaltig zu fördern, und wie kann sichergestellt werden, dass solche Instrumente weiterentwickelt bzw. ausgebaut werden?

Sybille Bösch, Sarah Ryglewski, Dieter Reinken, Andreas Kottisch,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD